

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 024 | 20.01.2023

Wahlrechtsreform: Die Ampel will mit dem Kopf durch die Wand Zudem: Die Ukraine braucht Kampfpanzer – jetzt!

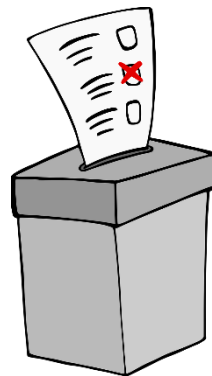
Liebe Leserin, lieber Leser,

die Ampel hat der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 15. Januar 2023 einen Gesetzentwurf zur Wahlrechtsreform übersandt.

Inhaltlich sieht der Entwurf – so wie auch unser eigener Vorschlag – vor, dass der Bundestag eine feste Größe von 598 Abgeordneten hat. Jeder Wähler soll zwei Stimmen erhalten, eine „Wahlkreisstimme“ für einen Direktkandidaten und eine „Hauptstimme“ für die Landesliste einer Partei. Die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag orientiert sich dabei allein an den abgegebenen „Hauptstimmen“. Überhang- und Ausgleichsmandate werden abgeschafft.

Wenn in einem Bundesland mehr Direktmandate anfallen als einer Partei nach dem Hauptstimmenergebnis zustehen, werden diese überhängenden Direktmandate „gekappt“. In den Bundestag ziehen also nur die Direktkandidaten ein, die über eine entsprechende „Hauptstimmendeckung“ verfügen. Direktmandate werden nicht mehr unmittelbar gewonnen, sondern nach dem Hauptstimmenergebnis „zugeteilt“. Wahlkreise, in denen der Wahlkreissieger nicht über die erforderliche „Hauptstimmendeckung“ verfügt, sind also nicht mehr durch einen Wahlkreiskandidaten im Bundestag vertreten.

In dem von der Ampel vorgestellten Modell bleibt es bei 299 Wahlkreisen. Die bereits beschlossene und ab 2024 gültige Reduzierung auf 280 Wahlkreise soll rückgängig gemacht werden.



Das reformierte Wahlrecht soll nach den Vorstellungen der Ampel bereits zur nächsten Bundestagswahl im Herbst 2025 Anwendung finden.

Meine Meinung dazu:

Ich bin der Überzeugung, dass ein Wahlgesetz, das einen im Wahlkreis vom Volk direkt gewählten Kandidaten den Einzug in den Deutschen Bundestag verweigert, gegen den Grundsatz der Gleichheit der Wahl, der Unmittelbarkeit der Wahl und das Demokratie-Prinzip verstößt. Der Gesetzentwurf der Ampel ist keine taugliche Grundlage für einen Wahlrechtskompromiss der im Deutschen Bundestag vertretenen demokratischen Parteien. Vielmehr stellt dieser Gesetzentwurf einen in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellosen Bruch mit dem System der personalisierten Verhältniswahl dar!

Die Ampel schafft die Bürgerstimme ab!

Mit dem Wahlrechtsmodell der Ampel wird es in vielen Wahlkreisen keine direkt gewählten Abgeordneten mehr geben. Die Bürgerinnen und Bürger werden dann häufig keine unmittelbare Interessenvertretung im Deutschen Bundestag mehr haben.

In den Wahlkreisen, in denen ein eigentlich erfolgreicher Bewerber kein Mandat zugeteilt bekommt, obwohl er Stimmensieger ist, wird die Politikverdrossenheit zunehmen, da dort die Stimmabgabe für den Direktkandidaten wirkungslos wird.

Besonders betroffen werden hiervon Städte sowie Wahlkreise in den östlichen Bundesländern sein, weil dort Wahlkreise mit relativ geringen Stimmenanteilen gewonnen werden.

Zudem wird die Chance eines Wahlkreisbewerbers, ein Mandat zu erringen, von Faktoren abhängig gemacht, die außerhalb des Wahlkreises liegen. Denn ob ein Direktkandidat erfolgreich ist, bemisst sich wesentlich danach, wie er im Verhältnis zu anderen Direktkandidaten abschneidet. Für den Wähler wird damit die Erfolgchance seiner Stimmabgabe unkalkulierbar.

Unsere Alternative:

Wir schlagen mit unserem „Echten Zwei-Stimmen-Wahlrecht“ ein Modell vor, das klar, einfach und verfassungskonform ist:

- Die **Anzahl der Sitze im Deutschen Bundestag wird auf 598** begrenzt.
- Die Hälfte der Sitze soll mit Direktkandidaten besetzt werden, **sodass die Bürgerstimme erhalten bleibt.**

Es bleibt bei dem Grundsatz: Jeder direkt gewonnene Wahlkreis führt zu einem Direktmandat.

- Die andere Hälfte soll ausschließlich mit Listenkandidaten besetzt werden, ohne dass es zwischen beiden Gruppen zu einer Verrechnung käme.
- In unserem Modell **entfallen Überhangs- und Ausgleichsmandate.**

Die Ampel stärkt Intransparenz!

Die Ampel will die Bürgerstimme entwerfen. In vielen Wahlkreisen wird es künftig keinen direkt gewählten Abgeordneten mehr geben. Die Bürgerinnen und Bürger werden dann häufig keine unmittelbare Interessenvertretung im Bundestag mehr haben.

Welche Personen tatsächlich in den Deutschen Bundestag einziehen, wird nach dem Willen der Ampel künftig stärker von den Listen der Parteien abhängen als von der Bürgerstimme der Wählerinnen und Wähler.

Das von der Ampel vorgestellte Wahlrechtsmodell stellt somit einen in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellosen Bruch mit dem System der personalisierten Verhältniswahl dar.



Der Beginn des verbrecherischen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine jährt sich bald zum ersten Mal. Doch trotz großer Anstrengungen, einem massiven Aufgebot an Menschen und Material und einer Kriegsführung, die Kriegsverbrechen ohne Rücksicht auf das internationale Recht gezielt in Kauf nimmt, ist es Russland nicht gelungen, die Ukraine zu unterwerfen.

Im Gegenteil: Mit großem Opfermut, bewundernswertem Durchhaltewillen und großem militärischen Geschick ist es der Ukraine gelungen, die russischen Angriffe abzuwehren und in Teilen zurückzuschlagen und den russischen Angreifern horrende Verluste beizubringen. Die Ukraine ist bis heute unbesiegt und hat eine reelle Chance, ihren und damit den europäischen Freiheitskampf zu gewinnen.

Doch dafür braucht es die Hilfe von außen. Denn auch die Ukraine hat große Verluste erlitten, die zivile Infrastruktur wird auf brutale Weise zerstört, ohne auf Zivilisten Rücksicht zu nehmen.

Schon bisher hat die internationale Staatengemeinschaft, allen voran Mitgliedstaaten der NATO, die Ukraine mit umfangreichen Waffen- und Materiallieferungen bei ihrem Kampf unterstützt. Auch aus Deutschland kam eine in Quantität und Qualität zunehmende Zahl an Lieferungen.

Jetzt ist diese Unterstützung nötiger denn je! Was die ukrainischen Streitkräfte jetzt also vorrangig brauchen sind neben hochmodernen Systemen zur Luftverteidigung, weitreichender Artillerie vor allem Waffensysteme moderner westlicher Bauart zum Führen eines „Gefechts der verbundenen Waffen“. Und das sind eben Schützenpanzer, z.B. vom Typ „Marder“ und Kampfpanzer, z.B. vom Typ „Leopard“.

In unserem [Antrag](#) fordern wir den Bundeskanzler auf, seine Weigerung zur Lieferung von Leopard-Kampfpanzern aufzugeben. Der Bundestag hat bereits im Frühjahr des vergangenen Jahres beschlossen, die Ukraine auch mit schweren Waffen zu unterstützen – und die schwere Waffe schlechthin sind Panzer.

Angesichts der Ankündigungen Polens und Finnlands, Leopard-2-Panzer liefern zu wollen, ist das Argument eines deutschen Alleingangs nicht länger zu halten.

Im Gegenteil: Die Verweigerungshaltung des Bundeskanzlers ist der eigentliche Alleingang. Deutschland ist der Getriebene und der Bremsklotz unter den Nato-Verbündeten. Die deutsche Rüstungsindustrie verfüge in ihren Beständen zudem noch über 200 Kampfpanzer des älteren Leopard 1. Diese könnten innerhalb kurzer Zeit an die Ukraine geliefert werden.

Unsere Anträge:

[ME/CFS-Betroffenen](#) sowie deren Angehörigen endlich helfen – Für eine bessere Gesundheits- sowie Therapieversorgung, Aufklärung und Anerkennung

ME/CFS ist eine schwerwiegende Erkrankung, die zu krankhafter Erschöpfung (Fatigue) und Verschlechterung der Symptome nach jeglicher Anstrengung (Post-Exertional Malaise) führt. Die Anzahl der weltweit Erkrankten wird auf 17 bis 24 Millionen Menschen geschätzt. ME/CFS schränkt die Lebensqualität der Betroffenen stark ein.



Obwohl die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ME/CFS bereits 1969 als neurologische Erkrankung klassifiziert hat, gibt es bis heute keine zugelassene kurative Behandlung oder Heilung.

Bereits vor der COVID-19-Pandemie waren in Deutschland mindestens eine Viertel-million Menschen betroffen; darunter ca. 40.000 Kinder und Jugendliche. Es bedarf dringend flächendeckender, interdisziplinärer und umfassender Versorgungsstrukturen, um das Leid so vieler Menschen in Deutschland zumindest schnell zu mildern. Dafür muss eine gute medizinische sowie pflegerische Versorgung sichergestellt werden.

Dringend bedarf es ebenfalls der klinischen Prüfung und Zulassung von Medikamenten, um die Erkrankung ursächlich zu behandeln.

Neustart für Schaustellergewerbe, Marktkaufleute und Zirkusse in Deutschland

Corona hat die Schausteller-Branche und damit auch die Volksfest- und Marktkultur und Zirkusse hart getroffen. Seit dem Frühjahr 2020 war ein regulärer Geschäftsbetrieb nicht mehr möglich. Jede abgesagte Veranstaltung hat große Löcher in die Kassen der Betriebe gerissen. Ressourcen und Ersparnisse sind aufgebraucht. Jetzt laufen die Veranstaltungen wieder an, die Perspektiven sind da.

Mit unserem [Antrag](#) Neustart für Schaustellergewerbe, Marktkaufleute und Zirkusse in Deutschland zeigen wir auf, was zur Unterstützung der Branche getan werden muss. Wir schlagen finanz- und wirtschaftspolitisch aktivierende Maßnahmen vor, insbesondere: Maßnahmen im Rahmen der Schlussabrechnung der Corona-Hilfen, gewerberechtliche Anpassungen, steuerliche Impulse (bessere Verlustverrechnung, Turboabschreibung); bessere Fachkräftegewinnung und eine stärkere Verknüpfung mit touristischen Aktivitäten.

Ampel: **abgelehnt**

60 Jahre Élysée-Vertrag: Ein Modell für die Welt

Ausgangspunkt des Élysée-Vertrages war die deutsch-französische Versöhnung nach dem von Deutschland verursachten Zweiten Weltkrieg. Dies ist auch heute noch ein Modell für die Welt und zeigt, dass es möglich ist, Krieg und Hass zu überwinden, so undenkbar das oft auch im Hier und Heute erscheint. Dafür braucht es Frauen und Männer, die mit Mut vorangehen. Und so verdanken wir bis heute Charles de Gaulle und Konrad Adenauer sehr, sehr viel. Sie reichten sich auf den Trümmerbergen von Europa die Hände in dem Versprechen, dass sich solch ein Krieg nie mehr wiederholen darf. Besondere Bedeutung hatte damals auch der französische Außenminister Robert Schuman. Er hatte die geniale Idee, Kohle und Stahl unter die Verantwortung einer gemeinsamen Behörde zu stellen, weil eben Kohle und Stahl damals die Rohstoffe für die Rüstungsindustrie waren. Das war der Nukleus der europäischen Gründungsgeschichte und der europäischen Integration.



Der Élysée-Vertrag 1963 war in der damaligen Zeit der vorläufige Höhepunkt einer bis dato beispiellosen Aussöhnungsgeschichte. Es war dann Präsident Emmanuel Macron, der in seiner Sorbonne-Rede 2017 die Weiterentwicklung des Élysée-Vertrages vorbrachte.

Der nachfolgende Aachener Vertrag hat aber seinen besonderen Charme darin, dass parallel dazu ein Parlamentsabkommen abgeschlossen wurde und wir seit dieser Zeit sagen können: Wir haben eine gemeinsame Kammer unserer beiden Parlamente.

Darauf dürfen wir uns aber nicht ausruhen und das deutsch-französische Verhältnis darf sich nicht auf Rituale beschränken. Wir müssen vor allem die Jugend ermuntern, die Sprache des jeweiligen Nachbarn zu erlernen. Es sind zu wenige Deutsche, die heute die französische Sprache lernen.

Das ist auch umgekehrt der Fall. Wenn wir sehen, dass wir in Österreich - sicherlich aus anderen Gründen – fast 30 000 deutsche Studenten haben, aber im Jahr nur 4 000 deutsche Studenten nach Frankreich gehen, dann müssen wir feststellen: Das ist eine Diskrepanz, die nicht ins Bild passt.



Unerwähnt dürfen aber auch nicht die Spannungen zwischen Bundeskanzler Scholz und Emmanuel Macron bleiben. Das deutsch-französische Verhältnis ist in einer ernstesten Situation. Die Alleingänge des Bundeskanzlers haben schwere Verstimmungen hervorgerufen. Man denke an die Prager Rede Ende August letzten Jahres, in der Kanzler Scholz nicht einmal das deutsch-französische Verhältnis erwähnt hat. Man denke an das 200-Milliarden-Euro-Paket zur Abfederung der hohen Energiepreise, das überhaupt nicht mit Frankreich kommuniziert wurde.

Man denke an die Absage der deutsch-französischen Regierungskonsultationen Mitte Oktober letzten Jahres - ein vorläufiger Tiefpunkt. Man denke an den Besuch des Kanzlers in China, als er sich von der dortigen Partei- und Staatsführung gnadenlos für propagandistische Zwecke hat einspannen lassen.

Das wäre anders gegangen. Das muss anders gehen; denn dies führt zu Gegenreaktionen, wie wir gesehen haben. Zuletzt lieferte Frankreich Kampfpanzer an die Ukraine, ohne vorher die Abstimmung mit Berlin gesucht zu haben. Hier fehlt es Kanzler Scholz bislang an der notwendigen Empathie. Aber genau das braucht das deutsch-französische Verhältnis. Es braucht Empathie, damit Sympathie entstehen kann. In Europa wird sich nichts nach vorne bewegen, wenn Deutschland und Frankreich nicht miteinander harmonieren und sympathisieren. Es wird Zeit, seitens der Bundesregierung dafür wieder Sorge zu tragen.

In einer Pressemitteilung habe ich es so formuliert: „Wir müssen alles daran setzen, dass diese Freundschaft wieder stärker gepflegt wird und die beginnende Sprachlosigkeit sich nicht weiter breitmacht. Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag hat mein Leben stark beeinflusst, weil das Thema in die Schulen hineingetragen und uns Schülerinnen und Schüler immer wieder bewußt gemacht wurde. Ich würde sonst selbst sicher nicht so gut französisch sprechen.“

Zitate der Woche

«Ich trete zurück, weil mit so einer privilegierten Rolle Verantwortung einhergeht – die Verantwortung, zu wissen, wann Sie die richtige Person zum Führen sind, und auch, wann Sie es nicht sind.»

(Die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern mit einer fast vergessenen Kunst: dem würdevollen Rücktritt).